



Liberale
Menschen-
rechtsarbeit
2018

“

Einsatz für die
Freiheit heißt
Einsatz für die
Menschenrechte.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
und Bundesministerin a.D.

Die internationale Menschenrechtsarbeit der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
2017–2018



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger setzt sich als stellvertretende Vorsitzende der Stiftung für die Freiheit und Bundesministerin a.D. aktiv für die Menschenrechte ein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Krieg und Vertreibung, Armut und Korruption waren auch in den Jahren 2017-2018 die Hauptursachen für Menschenrechtsverletzungen rund um die Welt. Die bewaffneten Konflikte in Syrien, im Jemen oder im Südsudan sind weiter ungelöst und führen fast täglich zu grauenhaften Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Beinahe 70 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht oder versuchen, der Armut und Perspektivlosigkeit ihrer Heimat zu entkommen. Dabei werden insbesondere Frauen und Kinder fast unweigerlich Opfer von fürchterlichen Menschenrechtsverletzungen. Nicht nur im globalen Süden, sondern auch in Europa stehen essentielle Grundrechte wieder stärker unter Druck.

Besonders beunruhigend sind die Entwicklungen im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit. In Nordkorea, Iran, Saudi-Arabien oder China existiert sie so gut wie gar nicht. In Russland und der Türkei wird systematisch gegen Journalistinnen und Journalisten vorgegangen. Weit über 100 von ihnen, darunter auch einige Deutsche, sind seit dem Putschversuch von 2016 in der Türkei wegen des Vorwurfs des Terrorismus festgenommen und zum Teil verurteilt worden. Aber auch in der Europäischen Union (EU) ist die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten nicht überall garantiert. Dies bewiesen zuletzt die Ermordungen der investigativen Journalistin Daphne Galizia auf Malta und des Journalisten Jan Kuciak in der Slowakei. Sie recherchierten wegen Korruption und im Zusammenhang mit den Panama Papers. Das betraf auch bekannte Persönlichkeiten in der Politik und Wirtschaft. Zunehmend stellen auch der weltweit erstarkende

Autoritarismus und Rechtspopulismus eine Gefahr für die Presse- und Meinungsfreiheit dar. Denn diejenigen, die durch gezieltes Verwischen von Fakten und Lügen die Ängste der Menschen schüren, die Gesellschaft so spalten und daraus politisches Kapital schlagen wollen, können eine seriöse und kritische Presse nicht gebrauchen. Das hat in Deutschland dazu geführt, dass Journalistinnen und Journalisten zu bestimmten Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen von Rechtspopulisten und Rechtsextremen nicht ohne Polizeischutz gehen können, weil sie von Gewalt bedroht werden. Die Folge in manchen europäischen Staaten wie Polen und Ungarn ist eine systematische Diffamierung und ein gezieltes Untergraben der freien Presse etwa durch Gleichschaltung staatlicher und das Aufkaufen privater Medien. Ohne eine effektive Presse- und Meinungsfreiheit, die das Recht auf Information gewährleistet, wird unsere Demokratie gezielt geschwächt und zerstört. Hinzukommen Gefährdungen des Rechtsstaats, weil die Unabhängigkeit der Justiz systematisch beschädigt wird. Das zeigen die Rechtsstaatskrisen in Polen und Ungarn, die zu sogenannten Rechtsstaatsverfahren der EU geführt haben.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) begreift diese menschenrechtlichen Herausforderungen vor allem als Ansporn für die politische Bildungsarbeit im In- und Ausland. Siebzig Jahre nach Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und 60 Jahre nach ihrer Gründung setzt sie sich daher in mehr als 50 Staaten der Erde für die Menschenrechte ein. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung im Rahmen der Demokratieförderung steht dabei die Presse- und Meinungsfreiheit besonders im Fokus. In der globalisierten und digitalen Welt des 21. Jahrhunderts sind Menschenrechtskrisen immer auch ein Problem für uns alle – egal wo sie sich abspielen. Denn ihre Auswirkungen wie Flucht, Migration oder Extremismus bekommen wir heute auch unmittelbar vor unserer Haustür zu spüren. Die politische Reaktion darf nicht immer zuallererst ein repressives Gesetz sein, das zu einer weiteren Einschränkung der Freiheitsrechte führt, sondern muss die Unterstützung der Menschenrechtsarbeit vor Ort sein. Unser erster Menschenrechtsbericht gibt einen Überblick über unsere Menschenrechtsprojekte auf mehreren Kontinenten. Gleichzeitig wollen wir Diskussionsanstöße geben, wie eine kohärentere Menschenrechtspolitik für Europa und die Welt aussehen könnte. Mit dem 4. November als Veröffentlichungstag wählen wir das Datum der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950. Mit ihr verpflichteten sich bis heute 47 Staaten zur Beachtung der universellen Menschenrechte. Ein Datum, an das wir uns heute nicht nur erinnern, sondern das wir als täglichen Auftrag begreifen sollten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read "I. Leukermann".



02 Vorwort

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

01

06 Presse- und Meinungsfreiheit

- 09 Raif Badawi Award (2017 & 2018)
- 10 Diwan-Reihe
- 11 Malaysiakini

02

12 Wirtschaft und Menschenrechte

- 15 Landrechteprojekt in Indien
- 16 Landrechteprojekt in der Elfenbeinküste





03

18 Menschenrechte International

- 20 Weltkarte „60 Jahre internationaler Einsatz für die Menschenrechte“

Afrika

- 23 Elfenbeinküste – Weibliche Genitalverstümmelung
24 Westafrika – Menschenrechtswochen
25 Südafrika – Einsatz für Demokratie und Menschenrechte
26 Tansania – Frauen- und Kinderrechte

Nahost und Nordafrika

- 28 Jordanien – Syrische Flüchtlinge
29 Marokko – Die ersten Menschenrechtsklubs in Gefängnissen

Zentral- und Osteuropa

- 30 Ukraine – „Liberty Camp“ am Rande der Krim
31 Deutschland / Russland – Boris Nemtsov Forum
32 Südost- und Osteuropa – „Promoting Tolerance“
33 Bulgarien – Sofia Pride

Asien

- 34 Malaysia – Weibliche Genitalverstümmelung (FGM)
35 Myanmar – Menschenrechtsbildung für die Bevölkerung
36 Thailand – Die „Human Rights Games“
37 Indien – Förderung der Rechte von Transgender

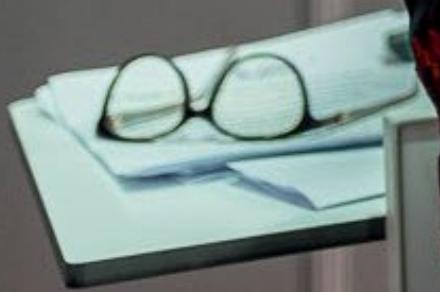
Lateinamerika

- 38 Mexiko – Kampf gegen das Verschwindenlassen
39 Guatemala – „Marcha de Orgullo“, Guatemala Pride

40 Schlusswort Gyde Jensen MdB

- 44 Impressum

Raif Badawi Award 2018



01 Presse- & Meinungsfreiheit



Die Lage der Presse- und Meinungsfreiheit verschlechtert sich weltweit. Journalistenmorde wie in Mexiko oder Gerichtsverfahren wie in der Türkei sind an der Tagesordnung. Selbst in der EU kann investigativer Journalismus lebensgefährlich sein. Dies zeigten 2017/2018 die Morde in Malta und der Slowakei, die weiter kaum aufgeklärt sind. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit kämpft seit Jahrzehnten weltweit für eine freie Presse und mehr Meinungsfreiheit. Diese Arbeit setzt sie heute auch durch ihr Internationales Journalisten- und Mediendialogprogramm fort.



Raif Badawi Award for courageous journalists 2017 & 2018

Das Schicksal des saudischen Bloggers und Redakteurs Raif Badawi, der wegen angeblicher Gotteslästerung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren und 1000 Peitschenhieben verurteilt wurde, liegt uns seit Jahren besonders am Herzen. Gemeinsam mit seiner Frau Ensaf Haidar verleiht die Stiftung daher seit 2016 den *Raif Badawi Award for courageous journalists* auf der Frankfurter Buchmesse.

Im Jahr 2017 stand dabei die Türkei im Fokus. Seit dem misslungenen Staatsstreich im Sommer 2016 kam es hier zu einer dramatischen Verschlechterung der Presse- und Meinungsfreiheit. Den Preis erhielt der türkische Investigativjournalist **Ahmet Şık**. Die unabhängige Jury hatte ihn aufgrund seiner herausragenden Bedeutung für die freien Medien in der Türkei und stellvertretend für alle Journalistinnen und Journalisten ausgewählt, die in der Türkei im Gefängnis sitzen. Auch Ahmet Şık war zu diesem Zeitpunkt inhaftiert. Ensaf Haidar, Raif Badawis Ehefrau, überreichte dem Menschenrechtler und Anwalt Şiks, Can Atalay, stellvertretend den Preis. „Ahmet Şiks Mut berührt mich zutiefst. Er und Raif teilen das gleiche Schicksal. Beide sitzen im Gefängnis, weil sie sagen, was sie denken“, sagte Haidar.



Can Atalay nahm den *Raif Badawi Award for courageous journalists 2017* für den damals inhaftierten Preisträger Ahmet Şık entgegen. V.l.n.r. Can Atalay, Ensaf Haidar, Gerhart Baum.

Im Jahr 2018 erhielt das in Jordanien ansässige unabhängige Journalistennetzwerk „**Arab Reporters for Investigative Journalism**“ (ARIJ) den Preis. Die Gründerin und Leiterin Rana Sabbagh nahm den Preis entgegen. ARIJ war die erste Medienorganisation in der Region, die sich der Förderung von investigativem Journalismus in arabischen Redaktionen widmete. Das Netzwerk fördert Journalistinnen und Journalisten und deren Recherchen zu sensiblen Themen in Jordanien, Syrien, Libanon, Ägypten, Irak, Bahrain, Palästina, Jemen und Tunesien. Beim Einsatz für universelle Menschenrechte gehe es um die gemeinsamen Werte „für die wir den Mut finden sollten aufzustehen – so wie Raif Badawi, seine Schwester Samar Badawi und ARIJ es uns täglich zeigen“, unterstrich Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin a.D. und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung, im Rahmen der Preisverleihung auf der Frankfurter Buchmesse.



Rana Sabbagh, Gründerin und Leiterin der in Jordanien ansässigen Organisation ARIJ, nahm den *Raif Badawi Award for courageous journalists 2018* entgegen. V.l.n.r. Rana Sabbagh, Ensaf Haidar.

Alle reden über „die Flüchtlinge“, wir reden mit ihnen – die Diwan-Reihe mit dem Berliner Tagesspiegel

Einsatz für die Presse- und Meinungsfreiheit heißt auch, denjenigen eine Plattform zu bieten, über die sonst nur gesprochen wird. Wir wollten mit „den Flüchtlingen“ sprechen, über die die Medien in den letzten Jahren pausenlos berichtet haben. Was denken geflüchtete Menschen selbst über Flucht und Migration, über ihre aktuelle Lage oder Deutschland? #jetztschreibenwir – lautete am 15. Oktober 2016 deshalb der Titel der „Tagesspiegel“-Ausgabe in Berlin, die von geflüchteten Journalistinnen und Journalisten aus Syrien, Iran, Pakistan, Afghanistan und anderen Ländern gestaltet und geschrieben wurde. Mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sollten so Annäherung und Integration

ermöglicht und alle Beteiligten selbst zu Wort kommen und gehört werden. Das später mit dem European Newspaper Award in der Kategorie „special edition“ ausgezeichnete Projekt wurde im Zeitraum 2017/2018 der Ausgangspunkt für die „Diwan-Reihe“. In regelmäßigen Abständen bringt der „Diwan“ ausländische und Exil-Journalistinnen und Journalisten ins Gespräch mit dem deutschen Publikum und trägt dadurch dazu bei, gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung, etwa beim Thema Flucht und Migration, entgegenzuwirken.



Podiumsdiskussion der diesjährigen Tagesspiegelbeilage der Exil-Journalistinnen und Journalisten.

Firas Alshater ist freier Journalist, Autor und YouTuber aus Syrien.





Einsatz für die Pressefreiheit.
Steven Gan, einer der Gründer von
Malaysiakini.



Malaysiakini – Online für die Presse- und Informationsfreiheit

In Malaysia kooperiert die Stiftung mit *Malaysiakini*, einem 1999 von Premesh Chandran und Steven Gan gegründeten Online-Medium. Prem und Steven träumten von Pressefreiheit. In Malaysia wurden TV, Radio und Printmedien jahrzehntelang von der Regierung kontrolliert. Deshalb gingen sie online: mit Nachrichten, Internet-TV und mit Apps wie „Undi Power“. Die von der FNF unterstützte App wurde vom Global Editors Network als „News Data App of the Year Award“ nominiert. Undi Power zeigt Wählern, wieviel Gewicht ihre Stimme bei der Parlamentswahl hat. Wahlkreise sind ungerecht zugeschnitten. Kandidaten brauchen in den bislang immer regierungstreuen, ländlichen Regionen viel weniger Stimmen für einen Parlamentssitz als in den oppositionsfreundlichen Städten. Aber am 09. Mai 2018 zog der Trick nicht mehr. Erstmals seit Malaysias Unabhängigkeit gewann die Opposition. Nun werden Prem und Steven die neue Regierung an ein wichtiges Wahlversprechen erinnern: Pressefreiheit.

“
Prem und Steven
träumten von
Pressefreiheit.



02 Wirtschaft & Menschenrechte





In unserer zunehmend globalisierten Welt, in der wirtschaftliche Produktions- und Lieferketten den gesamten Planeten umspannen, wird der Einfluss transnationaler Unternehmen auf die Menschenrechte immer größer. Damit stellt sich die Frage, wie wir weiter von einer wachsenden Weltwirtschaft profitieren können, ohne dass dabei Nachteile für die Menschenrechte entstehen. Die Stiftung für die Freiheit fördert dazu die Umsetzung der UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland und der Welt. Vor Ort setzen wir uns zudem gegen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten ein. Grundlegend dafür ist etwa die Sicherung von Landrechten der im Landwirtschaftssektor beschäftigten Menschen des Globalen Südens.

Frauen-Empowerment in Indien – Landrechte für marginalisierte Bäuerinnen

Elementare Grundlage einer liberalen und gerechten Wirtschaft ist die Sicherung von Eigentums- und Landrechten. Dazu fördert die Stiftung zum Beispiel in Indien eine GPS-gestützte Sicherung von Landrechten für marginalisierte Landwirte gemeinsam mit der Organisation *Action Research in Community Health and Development (ARCH)*.

Bei einem Besuch im Dorf Sankli in Gujarat konnten wir einen Einblick gewinnen, wie vor allem Frauen von der Anerkennung ihrer Land- und Forstrechte profitiert haben. Somiben Gambhirbhai Vasava (38 Jahre) hat drei Kinder und ist verwitwet. Sie erhielt vor kurzem einen Landtitel über 0,49 Hektar. Somiben berichtet von den Herausforderungen bei der Registrierung: „Ich habe 2009 meine Landrechte erstmals beantragt, sie wurden aber, wie die meisten Anträge meines Dorfes, abgelehnt. Mithilfe der NGO *Action Research in Community Health and Development* und der FNF haben wir unsere Ländereien dann neu mittels GPS-Daten und Satellitenbildern vermessen und somit unsere Ansprüche präzisiert

und untermauert. ARCH reichte dann eine Sammelklage für uns ein. 2013 entschied das Gericht schließlich zu unseren Gunsten. Auf diese Weise konnten ich und andere Antragssteller aus unserem Dorf letztlich die offizielle Registrierung unserer Landrechtstitel erwirken.“ Was hat sich für sie verändert? „Ich bin stolz und glücklich, dass ich endlich einen Landtitel in meinem Namen habe“, sagt Somiben.

Tatsächlich verbindet sich mit dem Erwerb des Landtitels für die Frauen mehr Selbstvertrauen und Würde. „Jetzt kann ich auch Kredite und andere Finanzierungen von der Bank aufnehmen, da ich Land in meinem Namen besitze, das als Sicherheit dient. Ich habe Bodenverbesserungsmaßnahmen durchgeführt. Meine Nachbarn und ich haben gemeinsam einen Brunnen gegraben, um die Wasserversorgung zu sichern. Ich werde jetzt auch mit mehr Respekt behandelt, wenn ich offizielle Termine bei Behörden wahrnehme. Manchmal bieten sie mir sogar Wasser oder etwas anderes zu trinken an“, berichtet Somiben stolz.



Die Verbriefung von Landrechten sichert die Existenzgrundlage von Frauen im ländlichen Indien. In der Mitte: Somiben Gambhirbhai Vasava in Gujarat, September 2017.

Empowerment im Kakaogürtel der Elfenbeinküste – Landrechte für ivorische Bäuerinnen und Bauern

Auch in der Elfenbeinküste setzt sich die Stiftung für die Sicherung von Eigentums- und Landrechten der ländlichen Bevölkerung ein. Gerade im Landwirtschaftssektor, der oft einen Großteil des weltweiten Bedarfs produziert wie etwa beim Kaka, kommt es immer wieder zu Menschenrechtsproblemen wie Ausbeutung oder Kinderarbeit. Ungeklärte Eigentums- und Landrechtsverhältnisse sind dabei oft der Grund.

Gemeinsam mit dem liberalen Think Tank *Audace Institut Afrique* arbeiten wir als Teil der BMZ Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ deshalb seit 2016 an der Entwicklung und Umsetzung eines neuartigen Systems zur Anerkennung von Landrechten. Basierend auf einer zweijährigen multikulturellen und interdisziplinären Studie stützt sich das System dabei auf traditionelle Dorfkomitees, die wir zu örtlichen Anerkennungs- und „Grundbuchbehörden“ für Landrechte auf- und ausbauen. Angefangen mit Dorfkomitees in fünf Pilotdörfern in zwei Kommunen (Guiglo und Sinfra), im sogenannten „Kakaogürtel“ der Elfenbeinküste, testen unsere Partner das Modell mittlerweile auch in anderen Gegenden des Landes wie der Kommune Man.

„Das Projekt arbeitet dabei eng mit der örtlichen Verwaltung, aber auch mit den traditionellen Chefs und Königen zusammen und setzt Computer und GPS-Technologie ein. Im Verlauf der letzten zwei Jahre haben wir so mehrschichtige Landkarten der Projektdörfer erstellen lassen, die die Eigentums- und Besitzverhältnisse festhalten. Diese Landkarten verwahren wir sowohl physisch als auch digital. Sie dienen als rechtliche Grundlage in einem Land, in dem ein flächendeckendes Grundbuchswesen noch fehlt“, berichtet Inge Herbert, Projektleiterin der Stiftung in Westafrika. „Durch ‚Train the Trainer‘-Elemente im Rahmen des Projekts sind die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner jetzt selbst in der Lage, Land zu vermessen oder Bewohnerinnen und Bewohner von Nachbardörfern darin zu schulen“, erzählt Inge weiter. Besonders wichtig sei zudem, dass seit Beginn des Jahres nun auch Vertragsmodelle für die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner entwickelt werden. Diese verschriftlichen die bislang nur mündlich abgeschlossenen Rechtsgeschäfte wie Verkauf, Pacht oder Beleihung. Auch neue Finanzierungsmodelle werden nun angeboten, die den Besitzern des Landes erlauben, Geld für Investitionen aufzunehmen, auch wenn sie nicht Eigentümer, sondern nur Nutzer des Landes sind.



Wir unterstützen bei der Verrechtlichung.



Die FNF im Einsatz für die
Sicherung von Eigentums- und
Landrechten der ländlichen
Bevölkerung der Elfenbeinküste.





03 Menschenrechte International

60 Jahre internationaler Einsatz für die Menschenrechte





Unterschiedliche Länder, unterschiedliche Herausforderungen – für Menschenrechtsarbeit gibt es keine Universalformate. Daher fördert die Stiftung für die Freiheit in den verschiedenen Regionen der Welt thematisch unterschiedliche Projekte. Diese nehmen stets die dringendsten Menschenrechtsthemen vor Ort in den Blick. Gemeinsames Ziel ist dabei vor allem die Förderung der Menschenrechtsbildung. Diese trägt zur Langzeitprävention von Menschenrechtsverletzungen bei und legt den Grundstein für den Aufbau gerechter und toleranter Gesellschaften. Die Stiftung versteht ihren politischen Bildungs- und Demokratieförderungsauftrag daher auch als Auftrag zur Menschenrechtsbildung.

Elfenbeinküste – Genitalverstümmelung stoppen!

Weibliche Genitalverstümmelung (*Female Genital Mutilation/ Cutting, FGM/C*), oftmals verharmlosend als weibliche Beschneidung bezeichnet, verfolgt viele Betroffene ihr ganzes Leben lang. Denn neben den physischen Schmerzen hinterlässt die oft aus traditionellen oder religiösen Gründen durchgeführte Prozedur auch tiefe Narben auf der Seele. FGM/C, das bezeichnet alle nicht-medizinischen Praktiken oder Verfahren, die die teilweise oder vollständige Entfernung der äußeren weiblichen Genitalien oder ihre Verletzung beinhalten. Es handelt sich damit um einen schweren Eingriff in das Menschenrecht auf die körperliche und psychische Unversehrtheit. FGM/C wird zudem meist im frühen oder frühesten Kindesalter durchgeführt und stellt damit auch eine Verletzung der Kinderrechtskonvention dar. Weltweit sind schätzungsweise 200 Mio. Frauen und Mädchen von FGM/C betroffen. Zwar haben Verbreitungsgrad und Zustimmungsraten im Verlauf der letzten 30 Jahre in vielen betroffenen Ländern abgenommen. Viele verschiedene, vor allem sozio-kulturelle Gründe, machen FGM/C jedoch insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent zu einem hartnäckigen und komplexen Menschenrechtsproblem.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung setzt sich in ihrer internationalen Arbeit vehement gegen diese Menschenrechtsverletzungen ein. In der Elfenbeinküste fördert sie dabei etwa die Stiftung *Djigui*, die sich vor allem durch landesweite Aufklärungskampagnen gegen FGM/C einsetzt. Das Land hat in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte gemacht. Dennoch weist der Vorsitzende der Stiftung *Djigui*, Sibiri Coulibaly, darauf hin: „36,75% der Frauen und Mädchen in der Elfenbeinküste leben immer noch mit FGM/C. Aber es gibt Regionen, insbesondere im Norden und Nordosten des Landes, wo die Raten noch zwischen 73% und 79% liegen.“ Zu den Gründen, warum es trotz öffentlicher und auch juristischer Achtung so schwierig ist, FGM/C-Praktiken vollständig zu beseitigen, erklärt Coulibaly: „Ein großes Problem ist die Stigmatisierung. Wer sich der FGM/C verweigert, verliert seinen sozialen Status und die Tochter sowie die Mutter werden von der Gemeinschaft isoliert.“





Khadidia Sangaré (rechts), Ministerin für Menschenrechte in Mali, verleiht 2018 im Verfassungsgerichtshof in Bamako ein Zeugnis an eine Teilnehmerin des jährlich stattfindenden Menschenrechtskurses.

Westafrika – Die Menschenrechtswochen

Auch in Westafrika widmet sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit intensiv der Menschenrechtsbildung. Dabei geht man hier weit über die üblichen Maßnahmen wie etwa Seminare und Vorträge hinaus. So organisiert die Stiftung seit 2011 jedes Jahr die „Menschenrechtswochen“ in Kooperation mit der Stiftung *René Cassin* aus Straßburg. Aufgrund des großen Erfolgs der Veranstaltung hat sich inzwischen auch eine Vielzahl von lokalen und internationalen Partnern der Initiative angeschlossen. So sind etwa die UN Mission MINUSMA in Mali, das Regionalbüro des UN Hochkommissars für Menschenrechte sowie die Nationalen Menschenrechtskommissionen der Region dabei. Neben Fortbildung und Seminaren sind mittlerweile auch Filmvorführungen, Konferenzen und Erfahrungsaustausch mit weiblichen und männlichen Verfassungsrichtern und Anwälten Teil der Menschenrechtswochen. Bei mittlerweile 18 Veranstaltungen (neun im Senegal, fünf in Mali, fünf in der Elfenbeinküste) nahmen dabei bereits rund 1500 weibliche und männliche Anwälte, Richter, Menschenrechtsverteidiger und interessierte Bürger aus den Ländern des frankophonen Afrikas an den Menschenrechtswochen teil. Dabei kommt es zu einem einmaligen Austausch von Erfahrungen und Wissen im Kampf für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte auf dem afrikanischen Kontinent.

“
Lokale und internationale Partner schließen sich an.

Südafrika – Einsatz für Demokratie und Menschenrechte

Korruption ist nicht nur ein Haupthindernis im Hinblick auf die weitere politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas, sondern stellt auch eine häufige Ursache für Menschenrechtsverletzungen dar. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich aus diesem Grund in Südafrika durch zahlreiche Projekte für gute Regierungsführung und gegen Korruption ein.

Besonders hervorzuheben sind die Projekte in Kooperation mit dem langjährigen Stiftungspartner, der *Helen Suzman Foundation* (HSF), der sich vor allem für den Erhalt der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Verfassung einsetzt. Korruption, genau wie andere Bereiche des organisierten Verbrechens, ist dann besonders erfolgreich, wenn sie systematisch und strategisch die Ermittlungs- und Strafverfolgungsinstitutionen eines Landes gleich- oder ausschaltet. Dies zeigte sich besonders in Südafrika. Die HSF verfolgt daher den strategischen Ansatz, durch ausgewählte Musterprozesse der Aushöhlung verfassungsrechtlicher Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung entgegenzuwirken. Sie bringt dabei nicht nur selbst Präzedenzfälle vor die Richterbank, sondern setzt sich darüber hinaus auch dafür ein, dass relevante staatliche Ermittlungsorgane unabhängig ihre Untersuchungen durchführen können. Als prominentes Beispiel seien die Fälle rund um die verfassungsrechtliche Unabhängigkeit der Anti-Korruptionseinheit Hawks, des Independent Police Investigative Directorate (Aufsichts- und Kontrollbehörde über den Polizeidienst) und der Staatsanwaltschaft genannt.

Eines haben all diese Fälle gemeinsam: Sie ziehen sich über Jahre und erfordern von HSF und FNF Geduld, Ressourcen und eine dicke Haut. Eine Investition, die sich angesichts der bahnbrechenden Ergebnisse zweifelsohne lohnt: So wurde der zuständige Minister vom Gericht angewiesen den kompromittierten und korrumpten Chef der Anti-Korruptionseinheit Hawks mit sofortiger Wirkung zu entlassen. Darüber hinaus hat die HSF auch zum Thema Meinungsfreiheit gearbeitet. Sie bestritt und gewann mit Unterstützung der FNF einen Fall gegen die Zensurbestrebungen der öffentlichen Rundfunkanstalt, die klar darauf ausgerichtet waren, im Vorfeld von Wahlen die Regierungspartei ANC zu begünstigen.



Die *Helen Suzman Foundation* vor dem Verfassungsgericht, dem höchsten Gericht Südafrikas.

Tansania – Einsatz für die Rechte der Frauen und Kinder

In der Kilimandscharo-Region Tansanias geben Menschenrechtsverletzungen, von denen insbesondere Frauen und Kinder betroffen sind, großen Anlass zur Sorge. Das Gewohnheitsrecht, das von den traditionellen Oberhäuptern angewendet wird, verschärft diese Situation weil es die Rechte dieser schutzbedürftigen Gruppen häufig weder schützt noch stärkt.

Die meisten Menschenrechtsverletzungen finden durch Einschränkung der Entscheidungsfreiheit, häusliche Gewalt, sexuellen Missbrauch, Vergewaltigung, Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsarbeit, Verweigerung ehelicher Erbteile sowie durch die ungleiche Aufteilung von Eigentum zwischen Männern und Frauen statt.

Seit Ende 2017 unterstützt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die tansanische *Kilimanjaro Women Information Exchange and Community Organization* (KWIECO), die sich seit über 30 Jahren für Menschenrechte, besonders für Frauen- und Kinderrechte, im Norden Tansanias einsetzt. Die FNF und KWIECO haben sich bei ihrer Kooperation das Ziel gesetzt, die Menschenrechtsarbeit in Tansania, speziell in der Kilimandscharo-Region, zu fördern und auszuweiten. Obwohl in Tansania verschiedene Richtlinien, Gesetze und Rechtsmechanismen existieren, die die Menschenrechte fördern und schützen sollen, sind sie häufig unwirksam. Hinzu kommt, dass Gleichstellungsfragen aufgrund der Sozialisierung in einer patriarchalen Ideologie, die die Diskriminierung gegenüber Frauen sowie die Verletzung grundlegender Rechte legitimiert, weitgehend ignoriert werden.





Kinder protestieren, um auf ihre Rechte aufmerksam zu machen.

“
Das Gewohnheitsrecht der traditionellen Oberhäupter verschärft die Situation.



National Girls Day 2018.

Jordanien – Nie gekannte Freiräume als Motor für die Zukunft: Syrische Flüchtlinge als Last und Chance

Rund 650.000 syrische Flüchtlinge registrierten die Vereinten Nationen in Jordanien; die Regierung zählt 1,3 Millionen Syrerinnen und Syrer, die seit Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2011 vom Nachbarland in das kleine Haschemitische Königreich geflohen sind. Nur ein Bruchteil von ihnen lebt in Flüchtlingscamps. Neunzig Prozent haben sich in den Städten und Gemeinden angesiedelt, in denen sie nahezu ohne Hilfe auskommen müssen. Schulsystem, Gesundheitswesen, Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie die staatliche Verwaltung sind trotz internationaler Hilfen überlastet. Spannungen zwischen Flüchtlingen und vor allem den armen Bevölkerungsschichten Jordaniens gerade im Norden, wo sich die Einwohnerzahl von Kommunen durch die Syrerinnen und Syrer teils verdoppelt hat, sind überall zu spüren.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet mit einer kleinen Kerngruppe syrischer Flüchtlinge aus Orten im ganzen Land. Über die Jahre und mit steigendem Vertrauen verstehen die Syrerinnen und Syrer die Stiftung als Plattform für einen offenen Austausch – einen Freiraum, den sie aus ihrer Heimat nicht kennen. Rege diskutieren sie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Partizipation, Toleranz, auch den Nährboden für extremistisches Gedankengut. Musizieren, zeichnen und andere künstlerische Ausdrucksformen helfen, die Erlebnisse der Vergangenheit zu thematisieren und selbst ein Bild von einer weitaus freieren und offeneren Gesellschaft zu entwickeln, als die Syrerinnen und Syrer sie bisher lebten, leben durften. Als Mittler tragen sie diese liberalen Werte in ihre Gemeinschaften, begehren gegen familiäre Gewalt und Kinderehen auf – mit Argumenten, durch Überzeugungsarbeit und dem Bewusstsein, dass sie selbst eine friedvollere Zukunft mitgestalten können, eine Zukunft voller neuer Möglichkeiten.

“

Dass sie selbst eine friedvollere Zukunft mitgestalten können.

Workshop zu Menschenrechten für syrische Flüchtlinge in Amman im September 2018.





Das Team von *Centre des Droits des Gens* (CDG) verlässt gemeinsam mit dem Direktor die Justizvollzugsanstalt Arjaate 1, nachdem sie den weltweit ersten Menschenrechtsclub in einem Gefängnis eingerichtet haben.

Marokko – Die ersten Menschenrechtsclubs in marokkanischen Gefängnissen

Menschenrechtsverletzungen während Marokkos „bleiernen Jahren“ unter König Hassan II traten vor allem auch im Strafvollzug auf. Immer wieder kam es dabei zu Misshandlungen und Folter. Zwar stellen sich weiter noch viele menschenrechtliche Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, doch der Thronfolger Muhammad VI (ab 1999) hat das Land auf einen neuen Kurs gebracht. So setzte er 2004 die erste arabische Wahrheitskommission ein, die die Menschenrechtsverletzungen seines Vaters untersuchte und einen Versöhnungsprozess begann.

So konnte auch der FNF-Partner *Centre des Droits des Gens* (CDG) ab dem Jahr 2000 den Menschenrechtsschutz in den Gefängnissen des Landes verbessern. Nachdem alle Gefängnisdirektoren und die meisten Wärter zu den universellen Rechten ausgebildet wurden, haben sich CDG und die Stiftung genügend Vertrauen aufgebaut, um nun Zugang zu allen Haftanstalten des Landes zu haben und mit Insassen direkt zu arbeiten: Die

weltweit ersten Menschenrechtsclubs von Gefangenen sind das Ergebnis. Gefängnisdirektoren erhoffen sich von diesen Bildungsmaßnahmen, dass sich dadurch auch die Gewalt zwischen Wärtern und Insassen, unter den Gefangenen und auch zwischen ihnen und ihren Familien reduziert. Mit Blick auf Gefängnisinsassen steht in den letzten Jahren vor allem Extremismus und Radikalisierung als Problematik im Vordergrund.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt das CDG vor diesem Hintergrund im Aufbau sogenannter „Menschenrechtsclubs“ für Insassen der marokkanischen Gefängnisse. „Eine geniale Idee, dieser Club“ befindet Adnane, 38 Jahre. Zwei seiner sechs Jahre hat er bislang verbüßt. „Der Club wird uns helfen, unsere Rechte und die anderer Menschen besser zu verstehen – nicht nur hier, sondern später auch draußen.“ Durch dieses bisher in der arabischen Welt einmalige Konzept wird nicht nur Menschenrechtsbildung vermittelt, sondern auch Radikalisierung und Extremismus entgegengewirkt.



Ukraine – „Liberty Camp“ am Rande der Krim

Heißer Sommerwind wirbelt den Staub der unbefestigten Straßen auf, schwer hängen Trauben und Birnen von den Ästen, kein Ort könnte friedlicher wirken als die Arabat-Nehrung im August. Doch draußen auf dem Asowschen Meer kreuzen russische Kriegsschiffe und der Checkpoint zur russisch okkupierten Krim liegt nur wenige Autominuten entfernt. In einem einfachen Motel, liebevoll betrieben von einer krimtatarischen Familie, sitzen junge Menschen aus verschiedenen Teilen der Ukraine und der Welt zusammen und diskutieren. Es ist das dritte „Liberty Camp“, das das *Crimean Tatar Resource Center* zusammen mit der Stiftung für die Freiheit und dem Estnischen Institut für Menschenrechte organisiert.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind von der Okkupation persönlich betroffen, mussten die Krim verlassen, Angehörige sitzen in russischen Gefängnissen. Andere gehören zur krimtatarischen Bevölkerungsgruppe der Türkei oder sind junge ukrainische oder internationale Menschenrechtsaktivisten. Die Situation auf der okkupierten Krim steht im Raum: Die militärische Aufrüstung der Halbinsel, die zunehmende Ansiedlung russischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger inklusive großer Wohnungsbauprojekte, die fortwährenden Vorladungen und Durchsuchungen

bei Krimtataren und ukrainischen Aktivisten, die Angst, die wachsende Liste politischer Gefangener. Doch diese Situation steht im größeren Kontext des Kampfes um die universellen Menschenrechte. Die jungen Aktivisten erwerben menschenrechtliches Grundlagenwissen, beschäftigen sich mit Widerstands- und Freiheitsbewegungen des letzten Jahrhunderts wie der US-Bürgerrechtsbewegung, der estnischen Unabhängigkeitsbewegung und der Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika, diskutieren die Übertragbarkeit von Methoden des zivilen Widerstandes und des Bürgeraktivismus. Sie analysieren, auf welchen Pfeilern die Okkupation der Krim ruht und wo öffentliche Aktionen und Kampagnen sinnvoll ansetzen können. In praktischen Workshops entwickeln sie kreative und künstlerische Ideen für die internationale Solidaritätskampagne *#LiberateCrimea*.

Am 27. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit nutzen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre freien Stunden für eine besondere Aktion: Mit ukrainischen und krimtatarischen Fahnen ziehen sie vor die Grenzlinie zum russisch okkupierten Gebiet, gratulieren der Ukraine zum Geburtstag und fordern die Befreiung der besetzten Halbinsel. Sie alle wissen: Wenn die Zeit im „Liberty Camp“ vorbei ist, fängt die Arbeit erst an.

Deutschland und Russland – Das Boris Nemtsov Forum

Boris Nemtsov, der Oppositionspolitiker und Kämpfer für ein freies Russland, wurde am 27. Februar 2015 im Zentrum Moskaus – in Sichtweite des Kremls – erschossen. Bis heute wirft der Fall viele Fragen auf. Sein Geburtstag, der 9. Oktober, ist zwar kein Tag zum Feiern mehr. Er ist seit drei Jahren aber trotzdem zum festen Termin für russische Oppositionelle geworden: Seit 2016 kommen vom 9. bis 10. Oktober weibliche und männliche Aktivisten, Menschenrechtler und Politiker aus Russland und der EU auf dem Boris Nemtsov Forum zusammen. Das von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der *Boris-Nemtsov-Stiftung für die Freiheit* organisierte und vom European Endowment for Democracy unterstützte Forum dient dabei auch als Diskussions- und Innovationsplattform zu Gegenwart und Zukunft des Landes und seiner Gesellschaft. Darüber hinaus unterstützt die FNF die Preisverleihung des Boris-Nemtsov-Preises, der jedes Jahr im Juni an eine Person vergeben wird, die sich im Kampf für die Meinungsfreiheit und ein freies und offenes Russland besonders engagiert. Die stellvertretende Vorsitzende der Stiftung für die Freiheit, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ist gleichzeitig Mitglied im Stiftungsrat der Boris-Nemtsov-Stiftung und damit ein wichtiges Bindeglied zu den russischen Liberalen.

„Man hat meinen Vater mit Zukunft assoziiert. Deswegen ist Zukunft das Thema des Forums.“ Mit diesen Worten eröffnete Zhanna Nemtsova, Nemtsovs Tochter, im Oktober 2017 das Boris Nemtsov Forum in Berlin. Die ewigen Diskussionen über Putin und seine Politik seien zwar wichtig, bringen Russland aber kein Stück weiter.

Unter dem Titel „Politics without Vision? Future Lab on Russia and the EU“ trafen sich erneut zivilgesellschaftliche Akteure aus Kunst und Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft, um ihre Visionen für ein Russland in der Post-Putin-Ära zu debattieren. In seinen einführenden Worten plädierte auch der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum für eine Beziehung zu Russland, die von „Dialog und Offenheit“ geprägt ist. Wie schwierig diese Visionen jedoch in Russland zu vermitteln seien, stellte die junge Schriftstellerin Alisa Ganieva in ihrer Rede deutlich dar. Die russische Gesellschaft sei taub und stumm geworden. Große Teile der Bevölkerung versuchen, das Unrecht zu relativieren und nähren damit die Zweifler, die durch die Propaganda und Desinformation des Kremls bereits maßgeblich beeinflusst sind.

Unter dem Titel „Russia: Strategies for the Society“ fand das Forum im Jahr 2018 zum ersten Mal in der tschechischen Hauptstadt Prag statt. Guy Verhofstadt, Vorsitzender der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament, übernahm dabei die schwierige Aufgabe, die EU-Politik gegenüber Russland zu analysieren. Er sprach sich dabei für ein robusteres Auftreten gegenüber dem Kreml aus. Dabei unterstrich er aber auch: „Gleichzeitig muss der russischen Zivilgesellschaft vermittelt werden, dass diese Strategie nicht gegen das Land, sondern einzig gegen die russische Regierung gerichtet ist“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer griffen Verhofstadts Impulse gleich auf und diskutierten im Anschluss in kleinen Arbeitsgruppen über gesellschaftliche, wirtschaftliche sowie innen- und außenpolitische Entwicklungen.

Boris Nemtsov Forum 2018 in
Prag. V.l.n.r.: Greg Yudin,
Julius von Freytag-Loringhoven,
Flavia Kleiner und Sergey
Aleksashenko.





Unter dem Titel „Confronting Bigotry and Intolerance in the Face of Rising Populism“ trafen sich im Juni 2017 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Alumni und interessierte Gäste, um zum 25. Jubiläum des „Promoting Tolerance“-Programms ein Zwischenfazit zu ziehen.

Südost- und Osteuropa – „Promoting Tolerance“ – Gegen Hass und Antisemitismus, für Toleranz und Menschenrechte

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs rief die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – zusammen mit dem *American Jewish Committee* – das „Promoting Tolerance Programme“ ins Leben. Nach der jahrzehntelangen Trennung von Ost und West war klar, jetzt sind Begegnung und Austausch unter den Menschen zu fördern. Seit 1992 treffen sich jährlich junge politische Führungskräfte aus Ost- und Südosteuropa sowie den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, um sich im Kampf für Toleranz und gegen Rassismus und Fremdenhass zu vernetzen, auszutauschen und fortzubilden. In jährlichen Workshops und Informationsreisen in Europa und den USA wurden dabei in nun bereits 25 Jahren 320 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 25 Ländern zusammengebracht. Viele von ihnen sind inzwischen bedeutende weibliche und männliche Politiker

und Meinungsführer ihrer Länder. Rabbi Andrew Baker vom *American Jewish Committee*, einer der „Gründungsväter“ des Programmes, lobte die gute Partnerschaft mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. „Seit das Programm vor 25 Jahren initiiert wurde, haben wir schon viel erreicht. Dies wird insbesondere durch die außergewöhnliche gesellschaftliche Stellung der vielen Alumni sichtbar. Als Multiplikatoren nehmen sie eine wichtige Rolle in ihren jeweiligen Herkunfts ländern ein.“ War die Anfangszeit der Arbeit mit den neuen Demokratien der Region von großer Hoffnung geprägt, so ist das Programm heute angesichts der Demokratie- und Rechtsstaatskrisen in Staaten wie Polen oder Ungarn und der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in vielen etablierten Demokratien Europas und den USA wichtiger denn je.

Bulgarien – Sofia Pride

Zwar ist Bulgarien seit 2007 Mitglied der Europäischen Union, jedoch gibt es beim Thema Gleichberechtigung und Diskriminierung noch viel zu tun. Insbesondere die Akzeptanz und Gleichstellung von LSBTI stellt weiter ein Problem dar. Laut der letzten Umfrage von 2015 sind zwar 51% der Bulgaren dafür, dass Homosexuelle die gleichen Rechte haben sollen wie Heterosexuelle. Aber nur 27% sagen, dass eine gleichgeschlechtliche Beziehung nichts Falsches sei. Die Zustimmung für die gleichgeschlechtliche Ehe war mit nur 17% der tiefste Wert in der EU.

Bereits seit einigen Jahren setzen wir uns deshalb für die Rechte von LSBTI in Bulgarien ein und fördern insbesondere die Sofia Pride Parade. Unsere jährliche Diskussionsveranstaltung ist hier mittlerweile fester Termin im Rahmen der Pride-Woche. Liliya Dragoeva, die Koordinatorin der Sofia Pride, sagt hierzu: „Wir, das Team von der Sofia Pride, glauben vorbehaltlos an die Kraft des Dialoges und der Entwicklung von Begegnungsräumen. Deswegen ist unsere Partnerschaft mit der Friedrich-Naumann-Stiftung so wertvoll für uns. Schon im fünften Jahr gelingt es uns gemeinsam eine Diskussionsplattform

zu schaffen, die den offenen Austausch von Vertretern verschiedener politischer und sozialer Gruppen aus Bulgarien und Europa ermöglicht“. Die Vorsitzende der LSBTI-Jugendorganisation *Deystvie* und Mitglied des Organisationskomitees der Sofia Pride ergänzt: „Ich schätze die Unterstützung seitens der FNF besonders aufgrund der internationalen Gäste, die sie während der letzten fünf Jahre immer zur Sofia Pride gebracht hat. Dadurch werden Praktiken und Erfahrungen ausgetauscht und langfristige Verbündete gewonnen.“

Für die Pride 2018 (Motto: „Different people, same rights“) haben wir uns gemeinsam mit der Aktivistin und Rechtsanwältin Denitsa Lyubenova von der Organisation *Deystvie* mit der rechtlichen Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare beschäftigt. Denitsa untersucht dies für uns in einer Studie, die wir zur Pride vorstellten. Es zeigt sich: Grundsätzliche Rechte wie Erwerb von Grundeigentum oder Erhalt von Sozialleistungen, Zugang zu persönlichen Informationen und Mitsprache bezüglich der medizinischen Versorgung der Partnerinnen und Partner sind immer noch Privilegien der „traditionellen“ Ehe.

“
Wir glauben
an die Kraft des
Dialoges.





Malaysia – Genitalverstümmelung stoppen!

Weibliche Genitalverstümmelung (*Female Genital Mutilation / Cutting, FGM/C*), oftmals verharmlosend als weibliche Beschneidung bezeichnet, verfolgt viele Betroffene ihr ganzes Leben lang. FGM/C, das bezeichnet alle nicht-medizinischen Praktiken oder Verfahren, die die teilweise oder vollständige Entfernung der äußeren weiblichen Genitalien oder ihre Verletzung beinhalten.

Neben der Elfenbeinküste setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung auch in anderen Regionen der Welt gegen diese oft schwere Verletzung des Menschenrechtes auf körperliche Unversehrtheit ein. So wird FGM/C in einigen südostasiatischen Ländern, wie etwa in Malaysia oder Indonesien, auch aus religiösen Überzeugungen praktiziert. Im Jahr 2009 erklärte Malaysias oberster islamischer „Fatwa Rat“

FGM/C sogar zur religiösen Pflicht. Die Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützt dort seit vielen Jahren die Frauenrechtsorganisation *Sisters in Islam* (SIS), die sich über die Grenzen Malaysias hinweg gegen FGM/C einsetzt. Die vor allem aus islamischen Rechtsexperten bestehende Organisation tritt nicht nur gegen die religiöse Begründung von FGM/C ein, sondern klärt auch generell zu diesem Thema auf. „Es gibt keinen öffentlichen Diskurs über FGM/C in Malaysia, da es keine öffentlichen Daten zu den negativen Folgen dieser Praxis gibt. 85% der muslimischen Mädchen werden von Ärztinnen und Ärzten in Privatkliniken meist ohne Komplikationen beschneitten“, berichtet die SIS-Mitarbeiterin Syarifatul Adibah. Unter den negativen Folgen leiden die Betroffenen Frauen und Mädchen jedoch ihr Leben lang.



Myanmar – Menschenrechtsbildung für die Bevölkerung

Myanmar steht vor einer gewaltigen Aufgabe im Bereich der politischen Bildung – vor allem im Bereich Menschenrechte. Denn unter der jahrzehntelangen Militärherrschaft des Landes war eine öffentliche Diskussion über Menschenrechte tabu. Seit den Wahlen im Jahr 2010 und der vorsichtigen Öffnung des Landes haben mutige junge Organisationen nun damit begonnen, eine öffentliche Debatte über Demokratie und Menschenrechte zu fördern. Sie organisieren Seminare, die das Wissen über grundlegende Bürger- und Menschenrechte fördern und ein öffentliches Bewusstsein für sie schaffen sollen. Anfänglich durften solche Seminare nur in urbanen Zentren wie Yangon oder Mandalay stattfinden. Seit den Nachwahlen 2012, die Aung San Suu Kyi in den politischen Reformprozess brachten, sind sie aber nun in vielen Teilen des Landes erlaubt.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit engagiert sich seit 1989 für eine Öffnung und mehr Demokratie in Myanmar und unterstützt lokale Organisationen seit 2010 in der Umsetzung ihrer politischen Bildungsarbeit. Als Teil mehrerer groß angelegter EU-Projekte fanden dabei mittlerweile Bildungsmaßnahmen in allen Regionen und Bundesstaaten des Landes statt. Sogar einige der entlegensten Gebiete im Kachin- und Chin-Staat wurden dabei erreicht. Hier fanden oft zum ersten Mal überhaupt solche öffentlichen Fortbildungen statt. „Nicht nur die große geografische Ausdehnung dieser Aktivität ist bemerkenswert“, sagt Kattrin Bannach, FNF Projektleiterin in Myanmar, „sondern auch die große Zahl der bereits erreichten Menschen. Wir haben schon über 27.594 Menschen mit ganz verschiedenem Hintergrund und aus unterschiedlichsten Berufen geschult.“



In Seminaren wurde in ganz Myanmar grundlegendes Wissen über Bürger- und Menschenrechte vermittelt.



Das „Human Rights Card Game“ im Einsatz an der Satit Pattana Schule in Bangkok.



Thailand – Spielerisch Menschenrechte vermitteln – die „Human Rights Games“

Politische Bildung funktioniert am besten, wenn sie spielerisch vermittelt wird („Gamification“). Dies hatte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Thailand durch das Spiel „Sim Democracy“, ein Brettspiel für Demokratie, unter Beweis gestellt. Angesichts des großen Erfolgs des Spiels entwickelte unser Büro zusammen mit dem thailändischen Justizministerium zwei Menschenrechtsspiele: „Rights Cards“ und „Rights Bingo“. Das Ziel dabei: Menschenrechte weniger abstrakt vermitteln und sie im Zusammenhang mit der Umwelt und dem Alltag, insbesondere von Kindern, darstellen. Das Spiel „Rights Bingo“ richtet sich an Grundschulkinder. Es ist eine Kombination aus einem Puzzle und Memory-Bingo-Spiel. Das Spiel „Rights Cards“ richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe. Es kann aber auch mit Studentinnen und Studenten

und auf öffentlichen Veranstaltungen gespielt werden. Das Spiel besteht aus „Szenarien für Menschenrechtsverletzungen“, die Lösungskarten benötigen. Das Team, das die meisten Szenarien löst, ist der Gewinner. Die Spiele konfrontieren die Spielerinnen und Spieler mit verschiedenen kritischen Szenarien aus dem thailändischen Alltag und der Gesellschaft. Vor allem junge Menschen werden so ermutigt, Menschenrechtsfragen offener anzusprechen, kritisch zu hinterfragen und aktiv zu werden. Seit Ende 2015 haben wir die Spiele mit unseren Partnern in alle Regionen Thailands, an Schulen und Universitäten gebracht und zivilgesellschaftlichen Organisationen für Jugendfreizeitlager und ähnliche Aktivitäten zur Verfügung gestellt. 2018 haben insgesamt circa 3.000 Schülerinnen und Schüler die Spiele gespielt.



Es ist ein weiter Weg bis zu gesellschaftlicher und politischer Anerkennung von Transgender-Personen in Indien.

Indien – Förderung der Rechte von Transgender

Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Transgender-Personen in Indien, die unter anderem *Hijras*, *Trtiyaparkriti*, *Napumsaka*, *Aravanis*, *Jogtas* oder *Kothis* genannt werden, weist ein erstaunlich breites Spektrum auf und reicht von großer Verehrung bis hin zu starker Ausgrenzung. In früheren Zeiten noch als Glücks- und Fruchtbarkeitssymbole verehrt, sind sie heute überwiegend dazu gezwungen, ein Dasein am Rande der indischen Gesellschaft zu fristen. Auch die Erfolge der juristischen Anerkennung des „dritten Geschlechts“ in den vergangenen Jahren konnten hieran bisher nichts ändern.

Der Diskriminierung und den Vorurteilen gegen Transpersonen kann man aber durch Aufklärung und Bildung entgegentreten. Genau das ist das Ziel des neuen Hochschulkurses „Rechte von Transgender“ der renommierten juristischen Fakultät der Universität Bangalore. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit entwickelte

hierfür gemeinsam mit dem *Centre for Law and Policy Research (CLPR)* das Curriculum. Darüber hinaus wird auch eine Law-Clinic eingerichtet, die Transpersonen zu ihren Rechten berät. Tarini Maheshwari, Student an der National Law School of India, Bangalore, berichtet: „Ich war schon immer an Minderheitenrechten interessiert und dieser Kurs gab mir die Gelegenheit, die Probleme der Transgender-Gemeinschaft zu untersuchen, die eine besonders marginalisierte gesellschaftliche Gruppe in Indien darstellt. Diese rechtlichen Fragen sind nirgendwo sonst Teil der Pflichtfächer des Curriculums an den juristischen Fakultäten.“





Erinnerung in Mexiko-Stadt an die Verschwundenen Studenten von Ayotzinapa: „Lebend hat man sie uns genommen, lebend wollen wir sie zurück!“

Mexiko – Öffentliche Aufklärung und Kampf gegen das Verschwindenlassen

Das „Verschwindenlassen“ ist ein besonders in Lateinamerika verbreitetes Menschenrechtssproblem. Laut Artikel zwei des UN Abkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen versteht man hierunter jegliche Form der Freiheitsberaubung durch Bedienstete des Staates oder Personen, die mit Ermächtigung, Unterstützung oder Duldung des Staates handeln, „gefolgt von der Weigerung, diese Freiheitsberaubung anzuerkennen, oder der Verschleierung des Schicksals oder des Verbleibs der verschwundenen Person, wodurch sie dem Schutz des Gesetzes entzogen wird.“ In den letzten Jahren löste vor allem das Verschwinden von 43 mexikanischen Studentinnen und Studenten aus Ayotzinapa großes Entsetzen aus: Es kam zu Massenprotesten und Demonstrationen im ganzen Land. Hunderttausende gingen auf die Straße, Mexiko-Stadt war tagelang im Ausnahme-

zustand. Im Bundesstaat Guerrero wurden sogar mehrere Regierungsgebäude in Brand gesetzt. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit engagiert sich daher aktiv für eine Verbesserung der Situation im Lande. Dabei unterstützt sie die lokale Partnerorganisation *Observatorio Nacional Ciudadano*, um Licht ins Dunkel zu bringen. Unsere Partnerorganisation beschäftigt sich dabei vor allem mit der Transparenz von Regierungsprozessen. Gemeinsam erstellten wir dabei ein „Statisches Register des Verschwindens“, das über die Situation von gewalttamen Entführungen in Mexiko aufklärt. Im März 2018 veröffentlichten wir nun mit dem *Observatorio* eine neue Analyse unter dem Titel „Erzwungenes und unfreiwilliges Verschwinden - rechtlicher Rahmen, Politikansätze und Handlungslinien“, in dem der Umgang der mexikanischen Behörden mit dieser Problematik behandelt wird.

Guatemala – „Marcha de Orgullo“, Guatemala Pride – wir sind dabei!

Die Unterstützung der Pride-Bewegung bzw. des Christopher-Street-Day ist an vielen Orten ein wichtiger Teil unseres Einsatzes für die Rechte von LSBTI. So nun auch in Guatemala. Hier scheint die Situation der LSBTI-Community im lateinamerikaweiten Vergleich zwar zunächst nicht besonders kritisch. Dennoch ist man von der Ehe für Alle, einem modernen Adoptionsrecht oder Antidiskriminierungsgesetz noch weit entfernt. Homosexualität ist hier schon seit 1871 legal und Transsexuelle werden nicht durch gesonderte Strafrechtsparagrafen diskriminiert. Die legale Situation deckt sich jedoch – wie so oft – nicht mit der Realität. Denn Guatemala ist ein gefährlicher Ort für nicht-heterosexuelle Menschen: Der Staat vermag seine queeren Bürgerinnen und Bürger nicht zu schützen. Diskriminierung und Gewalt sind an der Tagesordnung. Aktivisten sprechen von über 20 gezielten Morden pro Jahr, aber die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher. Die Ursachen sind wie immer sehr komplex und haben mit ultrakonservativen Einstellungen in der Gesellschaft, dem Einfluss der katholischen Kirche im Bildungsbereich, patriarchalen Strukturen

in der indigenen Bevölkerungsmehrheit und auch dem Vormarsch evangelikaler Gruppen zu tun.

Dennoch gibt es positive Entwicklungen – zumindest in der Hauptstadt: Langsam wird die Community sichtbarer, jedes Jahr nehmen mehr Menschen an der „Marcha de Orgullo“ (Guatemala Pride) teil. Wir unterstützen diese Entwicklungen durch politische Menschenrechtsbildung und veranstalteten mit der lokalen Organisation *Guate Activa* im Rahmen der „Marcha de Orgullo“ 2018 ein Forum in Guatemala-Stadt. Viele Herausforderungen, aber auch Hoffnung auf positiven Wandel – das war der Tenor hier! Trotz erbitterter Widerstände im strukturkonservativen Guatemala könnten die nächsten Jahre Fortschritte bringen. So hat die offen lesbische Abgeordnete Sandra Morán dem Kongress bereits einen Antrag für ein Antidiskriminierungsgesetz vorgelegt. Auch auf regionaler Ebene geht es voran: Anfang des Jahres entschied der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof, dass die gleichgeschlechtliche Ehe anzuerkennen ist – eine Entscheidung, die für alle seine 20 Mitgliedsstaaten bindend ist!



Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Parade für sexuelle Vielfalt und Geschlechtsidentität in Guatemala-Stadt.

Menschenrechte sind ein Lebensgefühl VON GYDE JENSEN

Freiheit ist ein Lebensgefühl jedes Einzelnen. Freiheit ist aber auch ein Ordnungsprinzip, das nicht an Grenzen hält. Wie bei der Freiheit, verhält es sich mit den Menschenrechten. Menschenrechte sind universelle Ordnungsprinzipien, spiegeln aber auch ein Lebensgefühl wider, eine Welt anzustreben, die sich auf Grundlage von Grundprinzipien immer weiter vernetzt. Der Philosoph Isaiah Berlin veranschaulicht diese Herausforderung, indem er Menschenrechte als unveräußerliche, globale Güter beschreibt, „die im Interesse aller Menschen liegen, insofern sie Menschen sind, nicht insofern sie dieser oder jeder Nation oder Religion angehören, diesen oder jenen Beruf oder Charakter haben; und dass es richtig sei, diesen Ansprüchen Genüge zu tun und die Menschen vor denen zu schützen, die diese Ansprüche missachten oder leugnen.“ Menschenrechte müssen damit Leitbild jeder Politik sein. Wenn wir über Länder sprechen, meinen wir damit kein künstliches Konstrukt, sondern sprechen immer über Lebensbedingungen von Menschen. Der universellen Anwendbarkeit der Menschenrechte Geltung zu verschaffen, setzt ein echtes Interesse voraus, sich der Verbesserung konkreter Lebensbedingungen zu widmen.

Wenn wir in diesem Jahr 70 Jahre Menschenrechte feiern, machen wir das, weil wir gemeinsam schon sehr viel erreicht haben. Im Jahr 1966 wurde mit der Anerkennung von zwei Konventionen Geschichte geschrieben – mit dem „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ („Freiheitsrechte“) und dem „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ („Sozialrechte“). Menschenrechte nicht nur als Abwehrrechte, sondern auch als Grundlage unseres politischen, kulturellen und sozialen Lebens zu sehen, war damals revolutionär. Denken wir auch an das Jahr 2002 mit der lange geforderten Einsetzung eines Internationalen Strafgerichtshofs im niederländischen Den Haag. Der Internationale Strafgerichtshof ist ein Instrument, das seine Wirkungskraft nicht voll hat entwickeln können, aber dennoch einen Meilenstein darstellt auf dem Weg zur Durchsetzbarkeit der Menschenrechte und zum Schutz vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die größte Errungenschaft in 70 Jahren „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ ist, dass sie bis heute auf der ganzen Welt Menschen Orientierung bietet, um sich für ein freies und menschenwürdiges Leben zu solidarisieren.



Gyde Jensen MdB
Vorsitzende des Ausschusses für
Menschenrechte und Humanitäre
Angelegenheiten des Deutschen
Bundestages.

Gerade der Kontakt zu Menschen, die mit diesem Leuchten in den Augen für ihre Sache einstehen, ist etwas, dass ich durch meine Arbeit für Menschenrechte im Deutschen Bundestag jeden Tag mehr schätzen lerne. Einzelschicksale von Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen bekannt zu machen und die Gültigkeit von Menschenrechten mit Gesichtern und Geschichten zu verbinden, ist eine der vielen wichtigen Aufgaben von uns Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Gerade diese Menschen, die wie viele andere nicht im Vordergrund stehen, aber den Kampf für Menschenrechte zu ihrer persönlichen Sache machen, dürfen wir nicht im Stich lassen. Denn nur dann kann Freiheit entstehen. Das gilt umso mehr in der jetzigen Zeit, in der auf internationaler und auf nationaler Bühne viele ohne Prinzipien agieren, in einer Zeit, in der es scheint, dass sich viele der Folgen ihrer Handlungen kaum bewusst sind oder sein wollen.

Menschenrechte und ihren Schutz zu stärken, setzt die Kenntnis von allen 30 Artikeln der Erklärung der Menschenrechte voraus, es setzt aber auch voraus, Menschenrechte als Lebensgefühl und als Verantwortung für uns alle zu begreifen.

Weitere Informationen auf unserer Themenseite:
www.freiheit.org/menschenrechte





Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

Verantwortlich

Fachbereich Internationales der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Redaktion

Fachbereich Internationales der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Gestaltung

Studio GOOD, Berlin

Produktion

COMDOK GmbH, Büro Berlin

Diese Publikation ist kostenfrei zu beziehen.
Der Weiterverkauf ist untersagt.

Stand

November 2018

Bildverzeichnis

Titelfoto © shutterstock
Seite 10 © unteres Bild: Thilo Rückeis /
Verlag Der Tagesspiegel
Seite 11 © Malaysiakini
Seite 12/13, 15 © Trupti Mehta, ARCH
Seite 23 © CC BY 2.0 flickr.com/DFID –
UK Department for International Development
Seite 26-27 © KWIECO
Seite 30 © Crimean Tatar Ressource Center
Seite 31 © Václav Bacovský
Seite 34 © CC BY-NC-ND 2.0 flickr.com /
UNICEF Ethiopia
Seite 37 © Instants / gettyimages
Seite 39 © Camila Juárez
Seite 41 © Gyde Jensen MdB
Seite 42-43 © KWIECO

Alle anderen Fotos

© Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

“

Menschenrechte und ihren Schutz zu stärken heißt auch, sie als Lebensgefühl und als Verantwortung für uns alle zu begreifen.

Gyde Jensen MdB
Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Angelegenheiten des Deutschen Bundestages

